

ganz persönliches Wort sprechen. Ich glaube, daß sich diejenigen, die nicht zur Enquete-Kommission gehören, das noch ganz gut mit anhören können. Wir begrüßen einen unter uns besonders herzlich, nämlich Dr. Faulenbach. Wir sind froh darüber, daß er wieder da ist. (Beifall)

Wir steigen nun in die erste Reihe von Referaten ein. Es werden jetzt also drei Referate hintereinander folgen. Danach werden wir eine erste Diskussionrunde durchführen. Das erste Referat wird Professor Dr. Manfred Wilke aus Berlin zum Thema „Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 für das Parteiensystem in der SBZ und der Beginn ihrer Umsetzung“ halten. Bitte, Herr Professor.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der „Aufruf des Zentralkomitees der KPD“ vom 11. Juni 1945 verneinte ausdrücklich die Absicht der Partei, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“. Die KPD forderte eine antifaschistische parlamentarisch-demokratische Republik. Die SMAD ließ am 10. Juni mit dem berühmten „Befehl Nr. 2“ vier antifaschistisch-demokratische Parteien zu. Am 14. Juli bereits wurde der von der KPD geforderte Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien – das waren die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Christdemokraten und die KPD – gegründet. Ich halte es für wichtig, daß wir uns noch einmal diese allgemein bekannte Tatsache ins Gedächtnis zurückrufen.

Die Blockpolitik der KPD 1945 lag auf der Linie der antifaschistischen Einheitsfront-Politik, die für alle kommunistischen Parteien nach dem Überfall auf die Sowjetunion durch Hitler im Jahre 1941 galt. In ganz Europa traten die kommunistischen Parteien als Organisatoren des nationalen Widerstandes gegen die deutsche Okkupationspolitik auf. Das Programm der sozialistischen Revolution trat zugunsten des Kampfes für eine antifaschistische Demokratie in den Hintergrund.

Als 1943 in Moskau die „Kommunistische Internationale“ aufgelöst wurde – und damit die kommunistischen Parteien formal unabhängige nationale Parteien wurden, was sie ja vorher nicht waren; davor waren sie Sektionen einer Weltpartei –, rechtfertigte Stalin diesen Schritt mit den Erfordernissen der antifaschistischen Bündnispolitik im Krieg.

Wenn man die KPD-Programme und Deklarationen nach 1945 liest, dann halte ich es auch für geboten, uns diese Sprachregelung des „großen Generalissimus“ aus dem Jahre 1943 ins Gedächtnis zurückzurufen:

„Die Auflösung der 'Kommunistischen Internationale' ist richtig, denn a) sie entlarvt die Lügen der Hitler-Leute, daß 'Moskau' angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu 'bolschewisieren'. Dieser Lüge ist nunmehr ein Ende gemacht worden.

b) Sie entlarvt die Verleumdung seitens der Gegner des Kommunismus in der Arbeiterbewegung, daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen

Länder angeblich nicht im Interesse ihres eigenen Volkes, sondern auf Befehl von außen handeln. Dieser Verleumdung ist nunmehr ebenfalls ein Ende gemacht worden.

c) Sie erleichtert die Arbeit der Patrioten der freiheitsliebenden Länder zur Vereinigung der progressiven Kräfte ihrer Länder – unabhängig von deren Parteizugehörigkeit und religiöser Überzeugung – zu einem einheitlichen nationalen Freiheitslager zwecks Entfaltung des Kampfes gegen den Faschismus.“

Die interalliierten Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta 1945 hatten bereits die machtpolitischen Gegensätze zwischen den Mächten in bezug auf die europäische Nachkriegsordnung offenbart. Aber die kommunistischen Parteien blieben bei ihrer antifaschistischen Blockpolitik, um die gesellschaftspolitische Neuordnung des befreiten Europas durchzusetzen. Wie wir alle wissen, ist 1947 mit der Bildung des Kominform und der Planung für den Marshallplan die Grundlage für diese Politik entfallen.

Vor 1989 war es nach den Worten des Tübinger Historikers Dietrich Geyer eine strittige Frage, „ob die Einheitsfront- und Blockpolitik nach Kriegsende jemals mehr war als eine fadenscheinige Camouflage des sowjetischen Willens zur Macht, mehr als ein Mittel, um die verbündeten Parteien, voran die Sozialdemokratie, stillzustellen und die kommunistische Diktatur nach Maßstäben und Zeitbegriffen durchzusetzen, die dem sowjetischen Interesse und den jeweiligen Gegebenheiten angemessen waren.“

Nach Öffnung der SED-Archive läßt sich diese gewichtige Streitfrage, die auch die deutsche Nachkriegspolitik betrifft, entscheiden.

In diesem Vortrag möchte ich die Kommission über erste Ergebnisse meines Forschungsvorhabens „Die Gründung der SED, dargestellt aus den Akten der KPD“ informieren. Unser Projekt wird im „Forschungsverbund SED-Staat“ an der FU Berlin seit wenigen Monaten betrieben und vom Bundesministerium des Inneren dankenswerterweise gefördert.

Im Zentralen Parteiarchiv der SED haben wir uns zunächst auf das Material der in der Moskauer Emigration befindlichen Führung der KPD aus den Jahren 1944/45 konzentriert. Schon die erste Sichtung der Vorstellungen und perspektivischen Pläne zum Sturz Hitlers durch eine deutsche Volksbewegung machen deutlich: Diese KPD-Funktionäre besaßen nur über den Moskauer Sender eine operative Beziehung zu den kommunistischen Widerstandsgruppen in Deutschland. Genaue Kenntnisse über die im Reich existierenden Gruppen oder gar organisatorische Verbindungen zu ihnen waren nicht vorhanden. Immer wieder wurde darüber diskutiert, Kuriere nach Deutschland zu schicken. Aber die Debatte über die auszulösenden Volksaktionen zum Sturz Hitlers blieben formelhaft abstrakt. Und sie waren ja auch folgenlos.

Dieses Urteil gilt nicht für die in der Sowjetunion zu dieser Zeit stattfindenden

Vorbereitungen für den Tag nach dem Sieg über Hitler, zu denen z. B. die antifaschistische Kaderschulung von Kriegsgefangenen gehörte. Die konzeptionellen Diskussionen über die Neuordnung eines vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland blieben allerdings Sache der KPD-Funktionäre, die am Anspruch festhielten, die legitime Führung der KPD zu repräsentieren.

Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht und Anton Ackermann fungierten 1944 als „Leitung“. Die Politemigranten im sowjetischen Exil kamen mehrheitlich aus den Apparaten von KPD und Kommunistischer Internationale. Im Krieg arbeiteten sie in Betrieben, kämpften in der sowjetischen Armee, dienten dem NKWD oder waren als Lehrer an den Parteischulen der KPD oder an den Schulen des „Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD)“ und als Propagandisten tätig.

Diese kommunistischen Kader waren im doppelten Sinn Überlebende. Selbst Ulbricht gehörte zu den etwa 10.000 kommunistischen Flüchtlingen, die nach der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur aus Deutschland vor Hitlers Kommunistenverfolgung fliehen mußten. 1935 wurde die KPD-Führung nach Moskau verlagert. Viele Spitzenfunktionäre der Partei folgten ihr in das sowjetische Exil und wurden Opfer des stalinistischen Terrors. Pieck, Ulbricht und Florin waren unmittelbar in die Mechanik dieses staatlichen Terrors verstrickt. Verhaftete Politemigranten wurden in den dreißiger Jahren von der KPD bzw. der Komintern ausgeschlossen.

Über Wilhelm Florin muß gesagt werden, daß er ab 1937 Vorsitzender der „Internationalen Kontrollkommission“ der Kommunistischen Internationale – und in dieser Funktion unmittelbar zuständig für die Säuberungskampagnen in den Mitgliedsparteien der Internationale – gewesen ist.

Die Bedeutung der Moskauer Kader für die Nachkriegsgeschichte des deutschen Kommunismus und für die Konstituierung der DDR ist offenkundig. Wir haben deshalb in unserem Forschungsprogramm zunächst mit den programmatischen Diskussionen 1944/45 in Moskau begonnen – wurden sie doch im Auftrag und in Abstimmung mit der sowjetischen Führung vorgenommen. Sie waren strenggenommen – wie Alexander Fischer das vor Jahren schon gesagt hat – Teil der sowjetischen Deutschlandpolitik.

Die ergiebigste Quelle für die Moskauer Diskussionen während des Krieges sind die handschriftlichen Aufzeichnungen von Wilhelm Pieck. Er hat sowohl die Debatten der in den Jahren 1944/45 tagenden sogenannten Arbeitskommission des ZK der KPD als auch die „Leitungssitzungen“ der engeren Führung stichwortartig notiert. Ebenso hat Pieck die Gespräche mit dem Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Georgi Dimitroff, dem früheren Generalsekretär der Komintern, festgehalten, oder er hat Stichworte aufgeschrieben, die er vortragen wollte.

Piecks Notizzettel wurden im Laufe der sechziger Jahre im Zentralen Parteiarchiv der SED maschinenschriftlich übertragen. Zu diesen Materialien von

Pieck aus den Jahren 1940 bis 1945 kommen noch die bislang unveröffentlichten Erinnerungen von Anton Ackermann und unerschlossene Nachlaßbestände von Funktionären hinzu, die der „Arbeitskommission“ 1944/45 angehörten.

Ich komme nun zum Inhalt bzw. zur Konzeption. Nach dem ersten Gipfeltreffen der „großen Drei“ – Churchill, Roosevelt und Stalin – im Zweiten Weltkrieg, der Konferenz von Teheran Ende November 1943, war klar: Deutschland würde besetzt sowie interalliiert unterworfen werden. Im Laufe des Jahres 1944 würden sich die Alliierten über den Text der Kapitulationsurkunde für Deutschland und ihre Besatzungszonen einigen. Fest stand außerdem die Westverschiebung der polnischen Grenze bis zur Oder.

Nach der Teheraner Konferenz war aber auch klar, daß die „großen Drei“ über das Schicksal Deutschlands keine konstruktive Lösung erzielt hatten. Vor diesem Hintergrund fand am 5.12.1943 im Hotel „Lux“ eine Besprechung deutscher Kommunisten statt, zu der Wilhelm Pieck eingeladen hatte. Paul Wandel referierte über die Frage: „Was kommt nach Hitler?“ Pieck notierte über den Abschnitt „Politische Entwicklung, Parteientwicklung“ folgende Stichworte über die Bedeutung der eigenen Partei: „Rolle der KPD, fester Kern für Sowjetunion, vorläufig keine politische Einheitspartei, erst Klärung.“

In einer Besprechung Piecks mit Dimitroff am 13.1.44 ging es um die „politische Orientierung in der Arbeit nach Deutschland“. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in dieser Unterredung die Bildung der Arbeitskommission des ZK der KPD vorbesprochen worden ist, die in der „Sitzung der leitenden Genossen am 6.2.44“ beschlossen wurde. Dieser Beschluß wurde – im Gegensatz zu anderen Vorkommnissen in dieser Leitung – protokolliert. Die Kommission hatte 20 Mitglieder. Es wurden acht Referate beschlossen. Den Kanon der Referate eröffnete am 6. März 1944 Florin mit „Lage und Aufgaben in Deutschland“.

Die Zusammensetzung der Kommission und die Themen der Referate waren bekannt. Gestützt auf die von der SED bis Anfang der siebziger Jahre selektiv publizierten Dokumente mußte Alexander Fischer davon ausgehen, daß Wilhelm Florin vor allem über die Blockpolitik sprach und eine Lösung für das zentrale Problem der KPD im Parteiensystem nach dem Krieg vortrug, nämlich wie der eigene Führungsanspruch mit konkurrierenden Parteien vereinbart werden kann.

Fischer schrieb:

„Florin schlug in seinem Referat eine Lösung vor, die sich zu einem konstitutiven Merkmal sowjetischer Deutschlandpolitik entwickeln sollte: die sogenannte Blockpolitik. Allen entstehenden antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen sowie allen Gruppen und Personen, so schlug er vor, sollte das Angebot gemacht werden, 'sich zu einem nationalen Block der kämpferischen Demokratie' zu vereinigen“.

Schon ein Blick in die Notizen von Pieck zeigt: Florin hat auch über Blockpolitik gesprochen. Aber damit wird man der Bedeutung des Referates überhaupt nicht gerecht. Die damalige Nr. 2 in der KPD-Führung gab den Beratungen der „Arbeitskommission“ die strategische Linie vor. Florin definierte für die KPD am 6. März 1944 die nationale Frage, wie sie sich nach der Teheraner Konferenz für die Partei darstellte.

Wir fanden im Nachlaß von Wilhelm Florin – undatiert und ohne Überschriften – die Moskauer Rededisposition. Horst Laude, Mitarbeiter des Projektes, hat dieses wichtige Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte in mühsamer Kleinarbeit anhand der Pieckschen Notizen rekonstruiert.

Die Passagen aus Florins Rede, die ich jetzt vortragen werde, werden hier heute morgen erstmals veröffentlicht. Ich denke, daß es angebracht ist, dieses Dokument jetzt in weiten Passagen zu zitieren, weil niemand sagen kann, daß hier etwas interpretiert wird. Was ich jetzt vortrage, ist die authentische Position der KPD-Führung im Moskauer Exil:

„Die Hauptfrage, die auch in der internationalen Diskussion in den Vordergrund gerückt ist, ist die: Was soll aus Deutschland werden? In Teheran war man sich offensichtlich darin einig, daß die hitlerische Kriegsmaschinerie zerschlagen werden muß. Aber die Frage der weiteren Zukunft Deutschlands ist doch mehr oder weniger offen geblieben.

Churchill hat gesagt, daß ihre Atlantikcharta für Deutschland nicht gelten könne, daß England jedoch die Zerstückelung Deutschlands nicht anstrebe.

Aber das Problem der inneren Gestaltung Deutschlands interessiert uns vor allem, weil davon die äußeren Beziehungen und die Zukunft Deutschlands abhängen. Die innere Umgestaltung Deutschlands wird stark beeinflussen, wie die Völkergemeinschaft in Europa aussehen wird.

Reaktionäre Kreise in den Vereinigten Staaten und England betrachten mit äußerstem Mißtrauen, welche Schritte die KPD macht und welche Politik das Nationalkomitee 'Freies Deutschland' betreibt. Ihre eigenen Pläne sind gegen unsere nationalen und sozialen Interessen und gegen eine wirklich demokratische Völkergemeinschaft gerichtet. Vor uns stehen deshalb eine Reihe Aufgaben, die alle miteinander verquickt sind.

1.) Das Bündnis der drei Großmächte weiter zu unterstützen und nichts zu unternehmen, was der Reaktion in den Vereinigten Staaten und England erlauben könnte, dieses Bündnis zum Bruch zu treiben.

2.) Dadurch gleichzeitig die Pläne der reaktionären Kräfte hinsichtlich Deutschlands zu durchkreuzen und

3.) hinsichtlich der inneren Umgestaltung Deutschlands das Weitestgehende, was die internationale Lage und die Kräfteverhältnisse in Deutschland selbst erlauben, zu erreichen.

Wenn wir dem Drängen von Kriegsgefangenen heute nachgeben und ein

sozialistisches Aktionsprogramm aufstellen würden, so könnte ein solcher Fehler schon der Reaktion erleichtern, den Sturz Roosevelts herbeizuführen, was auch unser Schaden wäre.

Alle unsere zentralen Programmlosungen können und dürfen deshalb nur ausgerichtet sein auf den Sturz des Faschismus, die Niederringung der aggressiven imperialistischen Kräfte und die bürgerliche Demokratie als Herrschaft des Volkes.“

Nach dieser Darlegung der internationalen Konstellation, die eine Blockpolitik erzwingt, geht Florin auf die innenpolitischen Ziele der KPD ein.

„Diese politische Linie ist auch vom innerdeutschen Standpunkt deshalb richtig, weil unser Ziel nach wie vor sein muß, die deutsche Bourgeoisie zu spalten und den einen Teil in die nationale Front zu ziehen. Kann man damit rechnen, daß ein Teil der deutschen Bourgeoisie eine andere Orientierung einschlägt als die am meisten reaktionären Kräfte? Jawohl! Warum?

Reaktionäre Kreise in England und in den Vereinigten Staaten wollen Deutschland unter ihre imperialistische Kontrolle bringen. Sie werden dabei von gewissen Liberalen unterstützt, die sagen: Schaffen wir einen Westplan, der anziehender sein muß als der Ostplan der Sowjetunion.

Aber in Deutschland sehen einsichtige bürgerliche Kreise auch, daß die deutsche Industrie und der Handel nur noch einmal in einem unabhängigen Deutschland blühen könne. Durch die Politik der Engländer und Amerikaner und durch das Unabhängigkeitsstreben der fortschrittlichen Kreise im Lager der deutschen Bourgeoisie wird das Problem Ost- oder Westorientierung aufgeworfen.

Auch in der Kriegsgefangenschaft spiegelt sich das schon wider. Die deutsche Bourgeoisie wird durch dieses Problem gespalten. Diesen Riß müssen wir geschickt vertiefen und zu einem Kompromiß ausnutzen, ohne das Bündnis der drei Staaten zu stören.

Um diesen Riß heute im Lager der deutschen Bourgeoisie zu vertiefen, sollten wir immer darauf hinweisen, daß Deutschland im friedlichen Handel mit der Sowjetunion nicht nur Rohstoffe und Lebensmittel erhalten könnte, sondern auch in Rußland einen breiten, aufnahmefähigen Markt. Das wollte die Reaktion nicht. Sie wollte Eroberung und hat das Unglück über Deutschland gebracht.

Wir stellen nicht die Frage so: Ost- oder Westorientierung. Wir sagen: Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarn und besondere Freundschaft mit der Sowjetunion.

Wir müssen uns heute schon darauf einstellen, daß das Problem 'enge Freundschaft mit der Sowjetunion morgen' noch viel mehr ein Problem der Lebensexistenz des deutschen Volkes und Deutschlands ist und daß das noch

viel schärfer als Scheidelinie zwischen Reaktion und Fortschritt hervortritt als heute.“

Soweit die Passagen von Florin, die die internationale und nationale Konstellation für die Politik der Kommunistischen Partei im Hinblick auf Parteiensystem und Staatsordnung im Nachkriegsdeutschland beleuchten.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, wann diese Sätze gesagt wurden. Zu einem Zeitpunkt, als die Westalliierten in Frankreich noch nicht gelandet sind und die deutschen Truppen noch weit in der Sowjetunion stehen, nimmt Florin bereits Kurs auf die weltpolitische Auseinandersetzung um Deutschland, die nach Hitlers Sturz zwischen zwei Lagern ausgetragen werden wird.

Auf der einen Seite steht die KPD, die im Bunde mit der Sowjetunion das nationale Lager führt. Auf der anderen Seite sind es die „reaktionären Kräfte“ in Deutschland, die willens sind, um ihre Klassenprivilegien zu verteidigen, sich mit ihren „reaktionären Klassenbrüdern“ in England und den USA zu verbünden, um Deutschland in eine „Halbkolonie“ zu verwandeln. Und dieser Begriff ist keine Zutat von Manfred Wilke aus dem Jahre 1992, wie Sie gleich hören werden. Florin weiter:

„Die reaktionären Kreise in England und in den Vereinigten Staaten werden uns diese Politik nicht leicht machen. Sie werden darauf hinarbeiten, daß ihre Regierungen mit Speck und Krediten, mit geringen Reparationsforderungen nach Deutschland gehen, um unserem Volk die Westorientierung schmackhaft zu machen und um es mit Hilfe der deutschen Reaktion doch wieder gegen die Sowjetunion zu mißbrauchen. Aber der Kern ihres Friedensvertrages wird ein harter sein, der Deutschlands Unabhängigkeit in Frage stellt.“

Ein nationales Problem hebt Florin besonders hervor, die „Gefahr der einseitigen Westorientierung Deutschlands“. Noch einmal Florin wörtlich:

„Wir müssen verhindern, daß die deutsche Reaktion sich an fremde Imperialisten verkauft, und verhindern, daß die Weltreaktion aus dem zusammengebrochenen deutschen imperialistischen Hitlerstaat eine von englisch-amerikanischen Trusten kontrollierte Halbkolonie macht. Also das nationale Problem besteht für das deutsche Volk darin, den besten Frieden zu erringen, der die Sicherheit der Anbahnung eines neuen Freundschaftsverhältnisses mit der Sowjetunion verbürgt.“

Aus den zitierten Passagen wird deutlich: Die KPD-Führung mußte schon aus Gründen der internationalen Konstellation und um die Differenzierung des deutschen Bürgertums ins Werk zu setzen, die Blockpolitik fortsetzen. Aber das Ziel bleibt unverrückbar, daß alle politischen Kräfte auf der Plattform und unter Führung der Kommunistischen Partei vereint werden.

Florin beginnt diesen Abschnitt seines Referats mit einer kategorischen Feststellung:

„Deutschland ohne starke KP ist eine Gefahr für die Sowjetunion. Beweis: Weimarer Republik, Faschismus, Polen.“

Beim Aufbau der eigenen Partei rechnet Florin mit einer linken und einer rechten Abweichung, denen nur die Parteiführung entgegensteuern kann. Geschieht das nicht, wird „die nationale Einheitsfront gefährdet“.

Grundlage dieser antifaschistischen Einheitsfront-Politik bleibt für die KPD natürlich die „Aktionseinheit“ der Arbeiterbewegung. Florin:

„Aus der engen und engsten Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen im Lande und mit Persönlichkeiten hier und in anderen Ländern muß die unzerbrechliche Einheit erwachsen, die wir zum Sieg über den Faschismus und die ganze Reaktion notwendig brauchen. Aus der engen und engsten Zusammenarbeit mit katholischen Arbeitern und Werktätigen, mit der Intelligenz aus allen kleinbürgerlichen Lagern kann die Partei die Einheit schmieden, die notwendig ist. Noch im Kampf für den Sieg über die Hitler-Bande muß die KP die Partei der Arbeiterklasse, Volkspartei, werden. Wir können heute schon nicht mehr nur Oppositionspartei sein, wir müssen als Partei der Verantwortung auftreten, die gewillt ist, morgen mit anderen zusammen die Verantwortung für das Geschick unseres Landes und Volkes auf uns zu nehmen.“

In der Diskussion zu diesem Referat wird die Existenz anderer Parteien außer der NSDAP in Deutschland 1944 von Mitgliedern der Arbeitskommission bezweifelt. Dieser Kritik widerspricht Florin in seinem Schlußwort am 10. April 1944:

„Wir haben früher anerkannt, daß es oppositionelle Parteien gibt. Wir haben anerkannt, daß die alten Parteien im Bewußtsein des Volkes weiterleben. Jetzt, wo sie beginnen, sich zu regen, wollen wir sagen, so etwas gibt es nicht. Jetzt sagt man, wir sollen keinen Schritt tun, der die Entstehung der Parteien fördern könnte. Meine Antwort ist: Die Parteien werden gefördert, wenn man nicht das Richtige tut, um sie zu entlarven, einzuengen oder in die gemeinsame Front zu verlagern.“

Der Redner fordert die Initiative der KPD, um im Volkswiderstand gegen den Nationalsozialismus die Führung zu übernehmen, vor allem natürlich gegenüber der sozialdemokratischen Partei. Florin zu den späteren Partnern der Einheitspartei von 1946:

„Die sozialdemokratischen Parteien werden so lange existieren, wie der Kapitalismus im Lande besteht: Ob uns das angenehm ist oder nicht, es ist so. Aber ob sie eine große Massenpartei wird – das ist die Kernfrage. Das können wir verhindern.“

Aus dem Referat von Florin ergibt sich: Die Frage der Blockpolitik ist für die KPD 1944 eine taktische Frage. Sie wurzelt gleichermaßen in der internationalen Konstellation und in der politischen und sozialen Differenzierung

der deutschen Gesellschaft. Gleichwohl soll mit Hilfe der Blockpolitik der Versuch unternommen werden, im Rahmen eines künftigen Parteiensystems den anderen politischen Strömungen den programmatischen Willen der KPD aufzuzwingen, um die Ostorientierung Deutschlands nach dem Sturz Hitlers durchzusetzen.- Ich danke Ihnen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Herr Professor Manfred Wilke. Das ist ein doppelter Dank. Einmal ist es Dir gelungen, Dich im Zeitrahmen zu halten.

Zweitens danke ich dafür, daß es ihm gelungen ist, eben nicht nur heutige Erkenntnisse zu bündeln; vielmehr hat er uns tatsächlich Neues vermittelt, was ausgesprochen interessant war.

Ich möchte nun den zweiten Referenten aufrufen. Bei ihm geht es um „Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem“. Bitte, lieber Herr Professor Weber.

Prof. Dr. Hermann Weber: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Manfred Wilke hat eben gezeigt, daß die deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil im wesentlichen an ihren alten Vorstellungen festhielten. Das heißt, daß auch nach dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, welches die KPD bei ihrem Gründungsaufwurf abgab, in ihren Vorstellungen die stalinistischen Grundauffassungen – man kann es fast so sagen – natürlich weiter verwurzelt blieben.

Ein Indiz dafür ist in meinen Augen die Gründung der SED. Dafür spricht auch die Taktik, welche die Kommunisten dann in der SED verfolgten. Mit Hilfe der allmächtigen Sowjetischen Militäradministration setzte die KPD in der Ostzone die Zwangsvereinigung mit den Sozialdemokraten durch. Das heißt, die gegen die „Einheit“ opponierenden Sozialdemokraten konnten – abgesehen von West-Berlin – ihre Positionen nirgendwo vorstellen. „Einheitsgegner“ wurden verfolgt. Allerdings machten die Kommunisten andererseits den Sozialdemokraten Zugeständnisse, um sie in diese Einheitspartei zu bringen.

Deshalb präsentierte sich die SED bei ihrer Gründung noch ohne die typischen Wesensmerkmale einer kommunistischen Partei. Weder in der Ideologie noch in der Programmatik gab es Festlegungen auf den Leninismus und das sowjetische Modell. In der Organisation galt die „paritätische“ Besetzung aller Funktionen durch Vertreter beider Parteien. Die Hegemonie im Parteiensystem wurde offiziell noch nicht verkündet. Dies alles ist dann 1948/49 verändert worden. In der praktischen Politik der SED bestimmten freilich die Kommunisten schon vorher.

Als es der Sowjetunion genehm war, nach dem Ausbruch des kalten Krieges 1947/48 einen Umformungsprozeß in Osteuropa durchzusetzen, die Rücksicht auf die westlichen Alliierten fallenzulassen und den von ihr besetzten Ländern eine Stalinisierung aufzuzwingen – ich erinnere an den kommunistischen